

# 〈 신설 5 개 주 에 있어 서 법관 법의 도입 〉

## Richterrecht in den neuen Ländern

Mit dem 3. 10. 1990 ist in den neuen Ländern das Deutsche Richtergesetz eingeführt worden. Dies wurde dadurch wesentlich erleichtert, daß das Richtergesetz der früheren DDR vom 15. 7. 1990 bereits ein Richter Verhältnis als öffentlichrechtliches Dienst- und Treueverhältnis eingeführt hatte. Im folgenden Beitrag wird erläutert, wie die Richterdienstrechte zusammengeführt, insbesondere wie der Erwerb der Befähigung zum Richteramt durch Juristen aus den neuen Ländern gestaltet wurde.

### I. Einleitung

Welch tiefgreifender Wandel sich im Gebiet der ehemaligen DDR im zuende gegangenen Jahr 1990 vollzogen hat, zeigt sich deutlich beim Richterdienstrecht.

Noch Anfang des Jahres 1990 war die rechtsprechende Gewalt keine eigenständige Staatsgewalt mit der Aufgabe der Kontrolle der

beiden anderen Staatsgewalten und der neutralen Streitschlichtung unter den Bürgern. Sie war vielmehr Teil einer als Einheit begriffenen Staatsgewalt und hatte die Aufgabe, mit den anderen Staatsorganen zusammenzuarbeiten und mit diesen den letztlich von der Einheitspartei formulierten Volkswillen aktiv durchzusetzen<sup>1</sup>. Markanter Ausdruck dieser Rolle war die Gerichtskritik<sup>2</sup>, die die Gerichte verpflichtete, den Boden der Neutralität zu verlassen und aktiv an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse mitzuwirken. Dem entsprach die Rolle des einzelnen Richters. Er war schon von Verfassungen wegen nicht persönlich, sondern nur sachlich unabhängig<sup>3</sup>. Seine sachliche Unabhängigkeit hatte einen deutlich geringeren Umfang als dies nach dem Grundgesetz der Fall ist<sup>4</sup>. Ausdruck dieser eingeschränkten Unabhängigkeit ist das System der Leitung der Gerichte, das dem Richter die Freiheit der unabhängigen Auslegung und Anwendung der Gesetze nahm. Mit dem Staatsvertrag vom 18. 5. 1990 über die Errichtung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion<sup>5</sup> übernahm die seinerzeit noch bestehende DDR die Verpflichtung, die richterliche Unabhängigkeit zu stärken und insbesondere das System der Leitung der Gerichte und die Gerichtskritik abzuschaffen<sup>6</sup>. In Erfüllung dieser Verpflichtung wurde durch Art. 5 des Verfassungsgrundsatzgesetzes<sup>7</sup>, das Verfassungsgesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes (VerfGGVG) vom 5. 7. 1990<sup>8</sup> und das Richtergesetz (DDR-RiG)<sup>9</sup> vom gleichen Tage die volle persönliche und sachliche Unabhängigkeit auf der Ebene der Verfassung und auf einfachgesetzlicher Ebene wiederhergestellt. Zugleich wurde dabei das Richter Verhältnis von einem richterlichen Arbeitsverhältnis in ein öffentlichrechtliches Dienst- und Treueverhältnis umgestaltet<sup>10</sup>. Die Entwicklung wurde abgeschlossen durch die Einführung von Grundgesetz und Deutschem Richtergesetz (DRiG) mit dem Einigungsvertrag vom 31. 8. 1990<sup>11</sup>.

### II. Konzeption

Die Konzeption des Richterdienstrechts nach dem Einigungsvertrag wird erst deutlich, wenn man sich die Struktur des Richterdienstrechtes nach dem Deutschen Richtergesetz

### Inhalt

#### Aufsätze

- J. Schmidt-Räntsch**, Richterrecht in den neuen Ländern. . . . . 33
- W. Feuerich**, Unzulässigkeit des Wechsels der Zulassung eines Rechtsanwalts aus den neuen Bundesländern in den Geltungsbereich der Bundesrechtsanwaltsordnung. . . . . 38
- J. Tettinger**, Risiken eines Flächenrecycling für Anlaagerwerber in der früheren DDR. . . . . 40
- J. Wasmuth**, Zur vertraglichen und deliktischen Haftung von Wirtschaftsunternehmen in den neuen Bundesländern. . . . . 46

#### Kurze Beiträge

- R. Weimar**, Probleme der Kreditsicherung an Grund und Boden in den neuen Bundesländern. . . . . 50
- G. Udke**, Verfahren und Methoden der Auslegung und deutsch-deutsche Rechtsangleich. . . . . 52
- W. Schulze**, Die Aufhebung strafgerichtlicher Verurteilungen in der früheren DDR im Wege der Rehabilitierung und der Kassation. . . . . 55
- Mitteilungen**. . . . . 56
- Literatur**. . . . . 57
- Rechtsprechung**. . . . . 58

1) Vgl. dazu: *Verf.*, RiA 1990, 261.  
 2) Vgl. dazu: *Adelaida*, DRiZ 1981, 11 (15); *Müller-Römer*, ZZP Bd. 92 (1969) S. 284 (289 ff., 293 ff.); *Verf.* in: *Schmidt-Räntsch*, DRiG, 4. Aufl., (1988), Einl. Rdnr. 28.  
 3) *Verf.*, in: *Schmidt-Räntsch* (o. Fußn. 2), Einl. Rdnr. 27; RiA 1990, 261.  
 4) S. o. Fußn. 3.  
 5) BGBl II, 518 = GBl DDR I, 331.  
 6) Art. 4 i. V. mit Anl. III, Nr. II, 21a.  
 7) Vom 17. 6. 1990, GBl DDR I, 299.  
 8) GBl DDR I, 634.  
 9) GBl DDR I, 637 = Beilage zu NJ 1990, Heft 8, S. IV ff.  
 10) *Verf.*, in: *Schmidt-Räntsch* (o. Fußn. 2), Einl. Rdnr. 23; RiA 1990, 261 (262 f.).  
 11) I. d. F. der Änderungsvereinbarung v. 18. 9. 1990, BGBl II, 885 – GBl DDR I, 1627.

vergegenwärtigt<sup>12</sup>. Das Deutsche Richtergesetz enthält anders als etwa das österreichische Richterdienstgesetz<sup>13</sup> keine vollständige Regelung der Rechtsverhältnisse der Richter im Bundes- und im Landesdienst. Dazu fehlt dem Bundesgesetzgeber die Gesetzgebungskompetenz. Dieser ist vielmehr nur befugt, die Rechtsstellung der Bundesrichter vollständig zu regeln. Für die Richter im Landesdienst kann er nur Rahmenvorschriften erlassen, was allerdings den Erlass einzelner unmittelbar in den Ländern geltender Vorschriften nicht ausschließt<sup>14</sup>. Dementsprechend regelt das Deutsche Richtergesetz in seinem Ersten Teil „Richteramt in Bund und Ländern“ die wesentlichen Elemente des Richterverhältnisses unmittelbar für alle Richter im Bundes- wie im Landesdienst, wenn gleich die Bestimmungen über die Befähigung zum Richteramt noch der näheren Ausgestaltung durch das Landesrecht bedürfen. Die ergänzenden Bestimmungen des Richterdienstrechts werden unmittelbar nur für die Bundesrichter geregelt. Für die Landesrichter enthält das Deutsche Richtergesetz insoweit nur die Rahmenvorschriften des Dritten Teils, die durch Landesrichtergesetze ausgefüllt werden müssen. Diese Konzeption war auch die Grundlage der Überleitungsbestimmungen im Einigungsvertrag. Dieser führt in Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 das Deutsche Richtergesetz in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und in Abschn. IV Nr. 3b im Land Berlin mit einer Reihe jeweils besonderer, in wesentlichen Abschnitten aber übereinstimmenden Maßgaben ein<sup>15</sup>. In Anl. II Kap. III Sachgeb. A Abschn. I Nr. 4 bis 9 EinigungsV i. d. F. der Änderungsvereinbarung zum Einigungsvertrag vom 18. 9. 1990 wird sodann die Fortgeltung einer Reihe von ausführenden Bestimmungen angeordnet. Hierbei handelt es sich um Bestimmungen, die nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes, wie sie durch das Deutsche Richtergesetz ausgefüllt wird, eigentlich dem Landesrecht zuzuordnen wären, deren Fortgeltung aber unbedingt sichergestellt werden sollte<sup>16</sup>. Dies hat allerdings nur insoweit zu einer Ablösung des DDR-Richtergesetzes geführt, als dieses Gegenstände regelt, die im Ersten Teil des Deutschen Richtergesetzes oder sonst bundesrechtlich geregelt sind. Im übrigen, nämlich soweit das DDR-Richtergesetz Gegenstände der Landesgesetzgebung regelt, gilt dieses gem. Art. 9 I EinigungsV als Landesrecht fort, soweit es mit Bundesrecht vereinbar ist. In der Praxis bedeutet dies etwa, daß § 6 DDR-RiG nicht fortgilt, weil die politische Betätigung von Richtern abschließend in § 39 DRiG geregelt ist. Umgekehrt gelten aber etwa die §§ 12 und 13 DDR-RiG über die Berufung von Richtern weiter, weil dies Gegenstand der Landesgesetzgebung ist. Das DDR-Richtergesetz ist anders als in die Anlage II aufgeführten Ausführungsbestimmungen dort nicht genannt worden, weil seine Fortgeltung als Landesrecht als gesichert angenommen werden konnte. Etwa anderes gilt allerdings für den beigetretenen Teil des Landes Berlin. Zwar würde das DDR-RiG dort als partielles Landesrecht für den Ostteil der Stadt fortgelten. Das DDR-RiG ist aber dort nach § 2 i. V. mit Anl. 3 Abschn. IV des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts vom 28. 9. 1990<sup>17</sup> mit dem Wirksamwerden des Beitritts außer Kraft getreten.

### III. Das Richterverhältnis

#### 1. Grundlagen

In den Grundstrukturen haben sich nur wenige Veränderungen ergeben. Das Rechtsprechungsmonopol der Dritten Gewalt<sup>18</sup>, das bisher nur einfachgesetzlich, durch § 1 I DDR-RiG, geregelt war, ist jetzt mit der Einführung von Art. 92 GG verfassungsrechtlich abgesichert. Das Richterverhältnis war schon nach dem DDR-Richtergesetz ein öffentlichrechtliches Dienst- und Treueverhältnis. Dieses kann aber nach Inkrafttreten von Art. 33 V GG in den neuen Ländern durch die hergebrachten Grundsätze des Beamtentums, die auch für Richter gelten<sup>19</sup>, ausgefüllt werden. Dafür besteht auch ein Bedürfnis, da das DDR-Richtergesetz bislang im wesentlichen nur die funktionelle Seite des Richterverhältnisses regelte und wesentliche Bereiche wie Versorgung, Urlaub, Beihilfe, Trennungsentschädigung usw. weder durch eine Verweisung auf die allgemeinen Vorschriften noch selbständig regelte und auch keinen allgemeinen Fürsorgeanspruch festlegte<sup>20</sup>. Dies kann jetzt aus den hergebrachten Grundsätzen des Beamtentums abgeleitet werden. Eine wichtige Verschiebung hat sich auch im Bereich der ehrenamtlichen Richter ergeben. Während das DRiG für ehrenamtliche Richter grundsätzlich nicht gilt, sofern nicht etwas anderes bestimmt ist, enthielt das DDR-Richtergesetz eine vollständige Regelung des Rechtsverhältnisses auch der ehrenamtlichen Richter. Soweit diese Regelungen die Befähigung zum Amt eines ehrenamtlichen Richters, seine Berufung und seine Abberufung regeln, gelten sie nur noch übergangsweise fort und treten spätestens mit der nächsten Schöffenwahlperiode außer Kraft<sup>21</sup>. In Kraft bleiben dagegen als fortgeltendes Landesrecht Bestimmungen, die das Rechtsverhältnis in dem bundesrechtlichen nicht vorgeregelten Bereich näher ausgestalten<sup>22</sup>. Hierzu dürfte etwa § 40 DDR-RiG gehören, der einen Rat der ehrenamtlichen Richter beim Kreisgericht vorsieht, der den Direktor des Gerichts in Angelegenheiten der ehrenamtlichen Richter beraten soll, oder für § 42 DDR-RiG, der den Anspruch des ehrenamtlichen Richters auf Weiterbildung festlegt. Der Freistellungsanspruch des ehrenamtlichen Richters gegenüber seinem Arbeitgeber aus § 39 DDR-RiG dürfte hingegen nicht weitergelten, da er bundesrechtlich geregelt ist<sup>23</sup>.

2. Berufungsvoraussetzungen

Eine wesentliche Veränderung hat sich im Bereich der Berufungsvoraussetzungen ergeben. Hierfür ist jetzt einheitlich maßgeblich § 9 DRiG, wonach zum Berufsrichter nur berufen werden kann, wer Deutscher im Sinne von Art. 116 GG ist, die Gewähr dafür bietet, daß er für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt und die Befähigung zum Richteramt im Sinne der §§ 5 ff. DRiG besitzt. Die Beschränkung des Richteramtes auf Deutsche ist für die neuen Länder in der Konzeption nicht neu. Dort war in dem durch das VerfGGVG aufgehobenen § 44 II DDR-GVG<sup>24</sup> eine Beschränkung auf Bürger der DDR vorgesehen. Diese Beschränkung ist in das DDR-Richtergesetz bewußt nicht aufgenommen worden. Es sollte nämlich der Einsatz bundesdeutscher Richter insbesondere in Spezialgerichtsbarkeiten ermöglicht werden (§ 46 DDR-RiG), was eine Beschränkung des Zugangs zum Richteramt auf Staatsbürger, die nach dem Selbstverständnis der früheren DDR seinerzeit nur Bürger der DDR sein konnten, nicht zuließ. Ebenfalls in der Sache

12) Dazu G. Schmidt-Räntsch, in: Schmidt-Räntsch (Fußn. 2), Einl. Rdrrn. 9 ff., 10; Verf., NJ 1990, 520.

13) Vom 14. 12. 1961, ÖBGBl Nr. 547 mehrfach geändert; dazu Verf., in: Schmidt-Räntsch (o. Fußn. 2), Einl. Rdrrn. 33 ff.

14) v. Münch, GG, Bd. 3, 2. Aufl. (1983), Art. 75 Rdrr. 9; Stern, StaatsR der BRP. Dtschld., Bd. II, 1. Aufl. (1980), § 37 II 3f; Jarass-Pieroth, GG, 1. Aufl. (1989), Art. 75 Rdrr. 1.

15) Die Maßgaben sind abgedruckt in BGBl II, 885, 929 bis 931 und 939, 940, Anlage II findet sich in BGBl II 885, 1153.

16) Denkschrift zum Einigungsvertrag, BT-Dr 11/7760 = BR-Dr 600/90, S. 361 (Art. 9).

17) GVBl S. 2119.

18) Dazu: G. Schmidt-Räntsch in: Schmidt-Räntsch (o. Fußn. 2), Einl. Rdrr. 17, § 4 Rdrr. 2; Verf., NJ 1990, 261 (262, 266).

19) G. Schmidt-Räntsch in: Schmidt-Räntsch (o. Fußn. 2), Einl. Rdrr. 12.

20) Dazu Verf., RiA 1990, 261 (262, 266).

21) Dazu: Erläuterung der Bundesregierung in BT-Dr 11/7817 – BR-Dr 605/90, S. 13 (zur Maßg. p).

22) Das sind §§ 12 I, III und IV, 13 I bis V, VI 1, §§ 18, 20 II und III, 23 bis 34, 40, 42, 46, 47 I, 49 und – übergangsweise – §§ 36, 38, 43, 44 DDR-RiG.

23) Dazu: BGH, NJW 1978, 1169, der in diesem Punkt nicht angegriffen worden ist, vgl. dazu: Kissel, GVG, 1981, mit Nachtrag, § 54 Rdrr. 7.

24) Vom 27. 9. 1974, GBl DDR I, 457, i. d. F. des Ges. v. 28. 12. 1987, GBl DDR I, 302.

bekannt ist das Berufungserfordernis der Verfassungstreue, das bereits in § 91 DDR-RiG als Berufungsvoraussetzung vorgesehen war. Die schließlich für die Berufung zum Richter erforderliche Befähigung zum Richteramt ist die eigentlich einschneidende Veränderung. Die Juristen der DDR hatten bisher eine Hochschulausbildung durchlaufen, die deutlich niedrigere fachliche Anforderungen stellte, als sie nach § 5a DRiG an ein juristisches Hochschulstudium zu stellen sind. Außerdem hatten sie, wenn sie nicht Wirtschaftsjuristen wurden, eine zudem berufsspezifisch ausgerichtete Richter-, Rechtsanwalts- oder Notarassistentenzeit zu durchlaufen, die inhaltlich mit einem Vorbereitungsdienst nicht vergleichbar ist.

Damit ergab sich aber ein ähnliches Überleitungsproblem wie im Jahre 1961 bei der Einführung des Deutschen Richtergesetzes in den alten Ländern. Seinerzeit gab es nämlich an den Gerichten der besonderen Gerichtsbarkeiten auch Richter, die nicht die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz, wohl aber die Befähigung zum Richteramt nach den gerichtsverfassungsrechtlichen Bestimmungen der besonderen Gerichtsbarkeiten erfüllten, also etwa aufgrund ihrer Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder wegen ihrer Kenntnisse auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts Verwaltungs-, Arbeits- oder Sozialrichter geworden waren<sup>25</sup>. Das Deutsche Richtergesetz hatte dieses Problem in §§ 110, 111 in der Weise gelöst, daß diese Altbefähigungen der Richter in den besonderen Gerichtsbarkeiten mit der Maßgabe aufrechterhalten wurden, daß solche Richter nur innerhalb dieser Gerichtsbarkeiten weiter verwendet werden durften<sup>26</sup>. Dieses Konzept konnte für den Einigungsvertrag weiter entwickelt werden. Der Einigungsvertrag sieht in Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 Maßg. (a) zum Deutschen Richtergesetz vor, daß an den Gerichten in den neuen Ländern auch zum Richter berufen werden kann, wer zwar nicht die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz, wohl aber die „Befähigung zum Berufsrichter“ erworben hat. Hiermit meint der Einigungsvertrag aber nicht dasselbe wie in § 9 II DDR-RiG. Der Begriff „Befähigung zum Berufsrichter“ ist vielmehr weiter auszulegen und umfaßt außer der Befähigung nach § 9 II DDR-RiG auch die durch eine Ausbildung nach der Richterassistentenordnung<sup>27</sup> oder durch die Bestimmungen zur Überleitung von Richtern des Staatlichen Vertragsgerichts<sup>28</sup> vermittelten Befähigung zum Berufsrichteramt. Das mag auf den ersten Blick überraschen, ist aber aus folgenden Gründen sachlich zwingend: Zur Einrichtung einer Ausbildung nach § 9 II DDR-RiG, die inhaltlich einer Ausbildung nach §§ 5 ff. DRiG entsprechen sollte, ist es nicht mehr gekommen, so daß praktisch kein Jurist der ehemaligen DDR die Voraussetzungen von § 9 II DDR-RiG erfüllt. Das DDR-Richtergesetz hat es zudem versäumt, die Überleitung und Fortgeltung von Altbefähigungen nach den früheren Vorschriften zu regeln. Aus § 45 I, III DDR-RiG ließ sich zwar ableiten, daß die amtierenden Richter und – nach Abschluß der Ausbildung – wohl auch die amtierenden Richterassistenten zum Richteramt befähigt sein sollten. Das genügte aber nicht. Der Einigungsvertrag holt dieses Versäumnis nach und regelt umfassend die Fortgeltung *aller* nach früherem DDR-Recht, auch vor Inkrafttreten des DDR-Richtergesetzes, erworbenen Befähigungen. Er löst insoweit § 45 DDR-RiG ab. Um diese Befähigungen von der Befähigung zum Richteramt nach § 5 ff. DRiG zu unterscheiden, greift er auf den Begriff „Befähigung zum Berufsrichter“ aus dem DDR-Richtergesetz zurück.

Damit können alle am 3. 10. 1990 amtierenden Richter, und zwar auch soweit sie durch die Bestimmungen zur Auflösung des Staatlichen Vertragsgerichts und des Staatlichen Notariats Richter an den ordentlichen Gerichten geworden sind und diejenigen, die die Befähigung zum Berufsrichter nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages insbesondere nach Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8

Maßg. (y) (ee) ff. EinigungsV erwerben, in den neuen Ländern und gem. Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. IV Nr. 3 Maßg. (b) (ee) S. 1 EinigungsV auch in Berlin in ein Richterverhältnis berufen werden. Die Befähigung zum Berufsrichter ist damit in der Sache eine eingeschränkte Richteramtbefähigung. Sie kann unter bestimmten Voraussetzungen zu einer vollen Richteramtbefähigung erstarken. Wer nämlich mit der Befähigung zum Berufsrichter drei Jahre lang tätig gewesen ist, kann zum Richter auf Lebenszeit, nicht aber ohne weiteres auch etwa zum Staatsanwalt berufen werden und erlangt damit nach Abschn. III Nr. 8 Maßg. (y) (bb) Zugang zum Richteramt auch in den alten Ländern. Es handelt sich hierbei um eine reine Richteramtbefähigung, nicht um die vollständige Befähigung zum Richteramt im Sinne der §§ 5 ff. DRiG. Sofern es also in anderen Bestimmungen für den Zugang zu Berufen oder zu besonderen Stellen auf die Befähigung zum Richteramt ankommt, so genügt die Befähigung zum Berufsrichter in Verbindung mit der Ernennung auf Lebenszeit nicht.

### 3. Überleitung der Rechtsverhältnisse

a) Bei der Überleitung der bestehenden Richterverhältnisse ist der Einigungsvertrag andere Wege gegangen als das Deutsche Richtergesetz bei seiner Einführung im Jahre 1961. Dies hängt mit der unterschiedlichen Ausgangslage zusammen. Im Jahre 1961 standen die Richter nicht durchweg in einem Richterverhältnis, da dieses noch nicht allgemein eingeführt war. Viele Richter standen noch in richterlichen Beamtenverhältnissen<sup>29</sup>. Auch wurden die Statusformen des Richterdienstes durch das Deutsche Richtergesetz neu und zum Teil abweichend von den bisher üblichen Statusformen geregelt. Von daher war es erforderlich, in § 105 DRiG eine allgemeine Vorschrift des Inhalts aufzunehmen, daß die bestehenden öffentlichrechtlichen Dienst- und Treueverhältnisse in Richterverhältnisse überführt wurden. Das war bei der Überleitung der Richterverhältnisse der Richter in den neuen Ländern anders. Das DDR-Richtergesetz hatte bereits vor dem Wirksamwerden des Beitritts ein Richterverhältnis als öffentlichrechtliches Dienst- und Treueverhältnis eingeführt und dabei Statusformen vorgesehen, die denen des Deutschen Richtergesetzes nachgebildet waren. Von daher genügte die Festlegung, daß der Fortbestand solcher Richterverhältnisse sich nach dem insoweit fortgeltenden DDR-Richtergesetz richtet. Die fortgeltenden Richterverhältnisse sind automatisch Richterverhältnisse im Sinne des Deutschen Richtergesetzes<sup>30</sup>.

b) Bei der Überleitung der Richterverhältnisse mußte allerdings berücksichtigt werden, daß die Überleitung der vor dem Inkrafttreten des DDR-Richtergesetzes am 15. 7. 1990 bestehenden Richterverhältnisse nach dem DDR-Richtergesetz bei Wirksamwerden des Beitritts noch nicht abgeschlossen war. Das DDR-Richtergesetz hat davon abgesehen, die bestehenden Richterverhältnisse automatisch in Richterverhältnisse auf Lebenszeit, auf Zeit oder auf Probe überzuleiten. Vielmehr wurden die amtierenden Richter in § 45 II 2 DDR-RiG für die Dauer von sechs Monaten zur Fortführung ihres Amtes ermächtigt und in § 45 DDR-RiG vorgesehen, daß jeder einzelne Richter in einem Richterwahlausschlußverfahren nach §§ 12, 13 DDR-RiG in Verbindung mit dem Beschluß der Volkskammer der DDR zum Richtergesetz – Ordnung über die Bildung und Arbeitsweise der Richterwahlausschüsse (RWO)<sup>31</sup> zum Richter auf Zeit oder auf Probe besonders berufen werden sollte. Die enge Einbindung gerade auch der Justiz in das sozialistische Staatsgefüge machte eine sorgfältige Prüfung insbesondere der persönlichen Eignung der Richter notwendig. Diese Prüfung soll durch die Einschaltung von Richterwahlaus-

25) Dazu: Verf. in: Schmidt-Räntsch (o. Fußn. 2), § 5 Rdnr. 3; G. Schmidt-Räntsch, ebd., Erl. zu §§ 110, 111.

26) G. Schmidt-Räntsch in: Schmidt-Räntsch (o. Fußn. 2), § 110 Rdnr. 1.

27) Vom 24. 1. 1978, GBl DDR I, 88.

28) Verordnung v. 6. 6. 1990, GBl DDR I, 284.

29) Dazu: G. Schmidt-Räntsch in: Schmidt-Räntsch (o. Fußn. 2), § 105 Rdnr. 2 ff.

30) Vgl. Erläuterung der Bundesregierung in BT-Dr 11/7817 = BR-Dr 605/90, S. 20 (zu Maßg. [o] Abs. 1).

31) Vom 22. 7. 1990, GBl DDR I, 904.

schüssen sichergestellt werden. Der Verfasser hat die Einzelheiten des Berufungssystems an anderer Stelle dargelegt und nimmt hierauf Bezug<sup>32</sup>. An diesem System hält der Einigungsvertrag in Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 Maßg. (o) zum Deutschen Richtergesetz fest. Er verlängert die Berufungsfrist auf dem 15. 4. 1991 und entsprechend auch – unter Ersetzung von § 45 II DDR-RiG – die Ermächtigung der amtierenden Richter zur Ausübung der Gerichtsbarekeit<sup>33</sup>. Diese Entscheidung ist rechtspolitisch auf Kritik gestoßen<sup>34</sup>. Anlaß war vor allem, daß die Richterwahlausschüsse auch richterliche Mitglieder haben, die von den betroffenen Richtern aus ihrer Mitte gewählt wurden und belastet sein konnten, was teilweise auch zutraf. Befürchtet wurde ferner, die Ausschüsse würden die Durchsicht der zum Teil umfangreichen, schwierig zu sichtenden Unterlagen organisatorisch nicht bewältigen. Das soll hier nicht bewertet werden. Da die Einrichtung eines Richterwahlausschusses grundsätzlich Sache der Länder ist, müßte es den neuen Ländern jedenfalls möglich sein, abweichende Regelungen zu erlassen. In Berlin obliegt die Berufung der Richter der früheren Ostberliner Gerichte zum Senator für Justiz gemeinsam mit dem Richterwahlausschuß, der im Land Berlin durch das Berliner Richtergesetz<sup>35</sup> gebildet worden ist, Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. IV Nr. 3 Maßg. (b) EinigungsV.

c) Das unter b dargestellte Berufungsverfahren gilt nicht nur für die Altrichter in den neuen Ländern, sondern auch für Assessoren, die neu eingestellt werden sollen, und zwar auch dann, wenn diese die Befähigung zum Richteramt nach §§ 5 ff. DRiG besitzen. Denn §§ 12, 13 DDR-RiG sind fortgeltendes Landesrichterrecht.

#### 4. Statusformen

Nach dem Deutschen Richtergesetz ist das reguläre Richterverhältnis das Richterverhältnis auf Lebenszeit. Das Richterverhältnis auf Zeit ist im Deutschen Richtergesetz als Dauererhältnis zwar grundsätzlich vorgesehen und dem Richterverhältnis auf Lebenszeit im wesentlichen gleichgestellt. Im bisherigen Geltungsbereich des Deutschen Richtergesetzes gab es aber außer den Verfassungsrichtern, für die das Deutsche Richtergesetz gem. § 69 nur eingeschränkt gilt, praktisch keine Richter auf Zeit. Die Richterverhältnisse auf Probe und kraft Auftrags sind als Richterverhältnisse zur Erprobung der fachlichen Eignung und damit als Durchgangsstadium konzipiert. Diese Statusformen waren zwar im DDR-Richtergesetz ebenfalls sämtlich angelegt. Sie hatten wegen der erwähnten Überleitungsvorschriften eine faktisch andere Bedeutung<sup>36</sup>. Die amtierenden Richter waren ungeachtet der Dauer ihrer bisherigen richterlichen Tätigkeit zum Richter auf Zeit oder auf Probe zu berufen, wobei man wohl daran gedacht hat, die älteren Richter in ein Richterverhältnis auf Zeit und die jüngeren in ein Richterverhältnis auf Probe zu berufen. Das Richterverhältnis auf Lebenszeit war anders als im Deutschen Richtergesetz damit nicht die reguläre Statusform und wurde einer späteren Regelung vorbehalten. Dies machte besondere statusbezogene Überleitungsregelungen erforderlich. Die Dauer des Richterverhältnisses auf Zeit, das durch die auf Zeit berufenen Richter in den neuen Ländern erstmals eine praktische Bedeutung erlangt, wurde auf drei Jahre verbindlich festgelegt. Die Abberufungsmöglichkeiten wurden nach dem Vorbild des § 22 DRiG zeitlich gestaffelt. Beim Richter auf Probe ergaben sich zwei Regelungsprobleme: Zum einen hatten Proberichter nach dem DDR-RiG anders als Proberichter in den Altländern ein Amt<sup>37</sup>; und zum anderen ist das Richterverhältnis auf Probe nicht nur ein Richterverhältnis zur Erprobung von Berufsanfängern, sondern auch ein Richterverhältnis zur Erprobung von berufserfahrenen Richtern. Insofern war für die Versetzung und Abordnung solcher Richter auf Probe eine gewisse Annäherung an das Richterverhältnis auf Zeit oder auf Lebenszeit geboten. Außerdem mußten die Besetzungsvorschriften des DRiG an diese „Statussituation“ angepaßt werden.

Eine Besonderheit bilden die Richter, die noch nicht den Richterwahlausschuß durchlaufen haben. Sie sind nämlich noch nicht in ein

Richterverhältnis bestimmter Statusformen berufen. Sie befinden sich deshalb gewissermaßen in einem Richterverhältnis ohne Statusform. Ihre Rechtsstellung richtet sich nach den nicht statusbezogenen Bestimmungen des Deutschen Richtergesetzes. Dieses Richterverhältnis unbestimmten Status' endet ex lege entweder mit der Ablehnung durch den Richterwahlausschuß oder mit der Berufung zum Richter auf Zeit oder auf Probe.

#### 5. Abberufung von Richtern

Die Gründe, aus denen ein Richterverhältnis beendet werden kann, bestimmen sich jetzt grundsätzlich nach den Vorschriften des Deutschen Richtergesetzes. Nach Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 Maßg. (b) EinigungsV ist für das Verfahren bis zu einer anderweitigen Regelung durch das Landesrecht weiterhin das DDR-Richtergesetz maßgeblich. Es ergab sich allerdings die Notwendigkeit, die Möglichkeiten der Beendigung eines Richterverhältnisses auf Probe oder auf Zeit nach Maßgabe der §§ 19 und 22 DRiG für die Richter in den neuen Ländern zu erweitern. Nach Maßg. (h) kann ein Richter auf Probe oder auf Zeit außer in den in § 19 I Nr. 2 bis 4 DRiG genannten Fällen auch entlassen werden, wenn sich nachträglich Umstände ergeben, die seine Berufung nicht gerechtfertigt hätten. Hiermit soll erreicht werden, daß ein Richter in den neuen Ländern auch dann aus dem Amt entlassen werden kann, wenn der Richterwahlausschuß bei der Überprüfung insbesondere der persönlichen Eignung eines Richters wichtige Umstände nicht entdeckt hat, die die Ablehnung seiner Berufung gerechtfertigt hätten. Über die für die Entlassung der Richter auf Zeit und auf Lebenszeit geltenden Bestimmungen des § 21 DRiG hinaus mußte die Entlassung eines Richters auf Zeit zugelassen werden für den Fall, daß er sich als für das Richteramt ungeeignet erweist. Das ist deshalb notwendig, weil das Richterverhältnis auf Zeit in den neuen Ländern weniger ein Korrelat zum Richterverhältnis auf Lebenszeit als zum Richterverhältnis auf Probe ist. Denn es hat ebenfalls den Zweck, die fachliche Eignung eines Richters zu überprüfen, der wie ein Proberichter nach Ablauf von drei Jahren in ein Richterverhältnis auf Lebenszeit berufen werden kann, wenn er sich als fachlich geeignet erwiesen hat.

#### 6. Richtervertretungsrecht

Nach Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 Maßg. (r) und (s) EinigungsV können die neuen Länder bis zum Ablauf vom 31. 12. 1992 das Richtervertretungsrecht des DDR-Richtergesetzes fortführen. Damit trägt der Einigungsvertrag dem Umstand Rechnung, daß sich die Richtervertretungsrechte nach dem Deutschen Richtergesetz und nach dem DDR-Richtergesetz stark unterscheiden. Nach dem Deutschen Richtergesetz gibt im Bund und in den Ländern den aus von der Richterschaft gewählten Mitgliedern bestehenden Richterrat für die Beteiligung in allgemeinen und sozialen Angelegenheiten und für die personellen Angelegenheiten den Präsidialrat, der aus einem Gerichtspräsidenten und mindestens zur Hälfte aus von der Richterschaft gewählten Mitgliedern besteht<sup>38</sup>. Demgegenüber kennt das DDR-Richtergesetz nur den Richterrat, der in allgemeinen, personellen und sozialen Angelegenheiten zu beteiligen ist. Er kann Stellungnahmen abgeben zur fachlichen und persönlichen Eignung eines Richteramtswarbers, zur einer Beschwerde gegen die Abberufung

32) RiA 1990, 261 (264f.).

33) Nicht ganz eindeutig ist, ob diese Befugnis mit dem 15. 4. 1991 erlischt oder gegebenenfalls bis zur Beendigung der Berufung fort dauert. In Berlin hat dies wegen der Erstreckung der Zuständigkeiten der Westberliner Gerichte auf den Ostteil der Stadt, vgl. Ges. v. 25. 9. 1990, GVBl, S. 2076, keine Bedeutung.

34) wib. 20/90-1/202.

35) I. d. F. vom 27. 4. 1970, GVBl, S. 642, ber. S. 1638, zuletzt geändert. G. v. 22. 5. 1990, GVBl, S. 2086.

36) Verf., RiA 1990, 261.

37) Erläuterung der Bundesregierung, BT-Dr 11/7817 = BR-Dr 605/90, S. 20 (zu Maßg. [I]).

38) Dazu: Verf. in: Schmidt-Räntsch (o. Fußn. 2), Vorb. § 49 Rdnr. 2, 3; § 72 Rdnr. 3, Verf., NJ 1990, 520 (522).

eines Richters, auf dessen Wunsch auch bei Beschwerden gegen Maßnahmen der Dienstaufsicht oder zu einer Beurteilung und an einem Disziplinarverfahren gegen einen Richter mitwirken. Angesichts dieser Unterschiede konnte das Deutsche Richterrecht in diesem Punkte nicht ohne Überleitungsbestimmungen eingeführt werden. Die neuen Länder haben deshalb bis zum 31. 12. 1992 Zeit, können aber auch schon vorher auf das System des Deutschen Richtergesetzes übergehen.

#### 7. Zuweisung von Richtern

Die mit § 123a BRRG<sup>39</sup> eingeführte Möglichkeit der Zuweisung von Richtern<sup>40</sup> bleibt nach Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 Maßg. (y) (cc) EinigungsV weiterhin möglich. Für sie gelten § 46 DDR-RiG und die Erste Durchführungsbestimmung zum Richtergesetz vom 14. 8. 1990<sup>41</sup>.

#### 8. Weitere Einzelheiten

Nach § 71 DRiG sind die Einzelheiten des Richterhältnisses in den Ländern unter Beachtung der Grundsätze des BRRG zu regeln. Diese Verpflichtung konnte nicht sofort und unmodifiziert für die neuen Länder gelten, da das Beamtenrecht dort gem. Anl. I Kap. XIX EinigungsV nur schrittweise in Kraft gesetzt wird. Der Einigungsvertrag legt deshalb in Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 Maßg. (w) fest, daß sich die weiteren Einzelheiten der Richterhältnisse in den neuen Ländern weiterhin nach den bisher geltenden Bestimmungen des Arbeitsrechts richten, die nach dem DDR-Richterrecht auch auf die Richterhältnisse anwendbar waren. Dies gilt etwa für Erholungsurlaub, Trennungsschädigung, Mutterschutz, Versorgung usw. Die neuen Länder sind nach Maßg. (x) verpflichtet, die Rechtsverhältnisse der Richter bis zum 31. 12. 1992 nach § 71 I, II DRiG zu regeln. Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung, mit welchen Übergangsregelungen die für Landesrichter geltenden richterrechtlichen und auf Richter anwendbaren beamtenrechtlichen Bundesgesetze in den neuen Ländern gelten, sowie ab wann und mit welchen Anpassungen, die durch die besonderen Gegebenheiten im Gebiet der neuen Länder erforderlich sind, das übrige für Landesrichter unmittelbar oder kraft Verweisung auf beamtenrechtliche Vorschriften geltende Bundesrecht dort eingeführt wird.

### IV. Befähigung zum Richteramt

#### 1. Idee

Der Einigungsvertrag mußte im Rahmen der Befähigung zum Richteramt folgende Fragen lösen: Fortbestand von nach DDR-Recht erworbenen Befähigungen (zum Berufsrichter), die Möglichkeit der Beendigung von Ausbildungen und Übergangslösungen bis zur Einführung eines Studiums nach § 5a DRiG und eines Vorbereitungsdienstes nach § 5b DRiG. Lösungsansätze hierfür boten die Bestimmungen über die Schließung der einstufigen Juristenausbildung in § 5b V 1 DRiG a. F. und § 109 DRiG über die Fortgeltung von Altbefähigungen. Der Einigungsvertrag sieht auf dieser Grundlage vor, daß die Befähigung zum Berufsrichter nach DDR-Recht behält, wer sie im Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Beitritts erworben hat. Ein Hochschulabschluß als Jurist oder als Diplomjurist wird automatisch als Erste juristische Staatsprüfung anerkannt. Für die Übergangszeit bis zur Schaffung eines juristischen Studiums und eines juristischen Vorbereitungsdienstes im Sinne der §§ 5a und 5b DRiG werden zwei Alternativen angeboten. Hochschulabsolventen aus den neuen Ländern und der Humboldt-Universität in Berlin haben die Möglichkeit, entweder durch Absolvierung eines normalen Vorbereitungsdienstes oder durch Absolvierung des besonderen Vorbereitungsdienstes nach Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 Maßg. (y) (ii) EinigungsV die volle Befähigung zum Richteramt i. S. der §§ 5ff. DRiG zu erwerben. Zum anderen haben sie aber auch die Möglichkeit, ihre Ausbildung nach früherem DDR-Recht zu beenden oder eine solche bis zum Ablauf des 31. 12. 1991 aufzunehmen und abzuschließen, an deren Ende sie dann die eingeschränkte Befähigung zum Berufsrichter erwerben.

#### 2. Fortsetzung und Aufnahme von Altausbildungsgängen

Studenten, die ihr Studium vor dem 1. 9. 1990 aufgenommen haben, können dieses nach Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 Maßg. (y) (hh) EinigungsV i. V. mit § 2 II der fortgeltenden DDR-Juristenausbildungsverordnung<sup>42</sup> nach den bisherigen Vorschriften absolvieren. Am Schluß dieser Ausbildung steht für Studenten der

Immatrikulationsjahrgänge 1987 und früher die herkömmliche Universitätsprüfung, die aus den Zwischenprüfungen für die einzelnen Fächer und der (mündlichen) Hauptprüfung besteht, wenn sie sich bis 1991 zur Prüfung melden. Für die Immatrikulationsjahrgänge 1988 und 1989 ist die Universitätsabschlußprüfung die Erste juristische Staatsprüfung vor dem Landesjustizprüfungsamt. Im Anschluß an ein solches Studium kann nach Maßgabe (y) (ee) bis zum Ablauf des 31. 12. 1991 insbesondere eine Richterassistentenausbildung nach der Richterassistentenordnung aufgenommen werden. An deren Ende steht die Befähigung zum Berufsrichter an den Gerichten in den neuen Ländern. Dies gilt nach Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. IV Nr. 3 Maßg. (b) (ee) S. 1 EinigungsV i. V. mit § 1 II Anl. 2 Abschn. VII Nr. 1 des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts auch im Land Berlin, und zwar für Studenten der Humboldt-Universität.

#### 3. Der besondere Vorbereitungsdienst

Studenten, die ihr Studium in den neuen Ländern bis zum Jahre 1993 abschließen, können anstelle des normalen Vorbereitungsdienstes auch den besonderen Vorbereitungsdienst nach Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 8 Maßg. (y) (ii) EinigungsV absolvieren. Dieser besondere Vorbereitungsdienst ist aus zwei Gründen eingeführt worden: Zum einen sollten die Justizverwaltungen der neuen Länder entlastet werden. Zum anderen sollte den Juristen aus den neuen Ländern eine realistische Möglichkeit geboten werden, die Vollbefähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richterrecht zu erwerben. In der Vergangenheit hatte sich nämlich gezeigt, daß (übergesiedelte) Juristen aus der ehemaligen DDR nur in sehr seltenen Fällen den Anforderungen eines juristischen Vorbereitungsdienstes nach § 5b DRiG entsprechen und die zweite Staatsprüfung ablegen konnten<sup>43</sup>. Gerade hierauf ist die Struktur dieses neuen Vorbereitungsdienstes abgestellt. Der Vorbereitungsdienst findet in den alten Ländern statt und umfaßt Einführungslehrgänge in die Rechts- und Wirtschaftsordnung und im Zivilrecht von vier Monaten, das Strafrecht von einem Monat und das Verwaltungsrecht von zwei Monaten, jeweils unter Einschluß des Verfahrensrechts. Die praktische Ausbildung findet statt bei einem ordentlichen Gericht in Zivilsachen für die Dauer von sechs Monaten, bei einem Gericht in Strafsachen oder bei einer Staatsanwaltschaft für die Dauer von drei Monaten bei einer Verwaltungsbehörde für die Dauer von vier Monaten und bei einem Rechtsanwalt für die Dauer von vier Monaten. Im Anschluß an die Pflichtstationen wird der Rechtspraktikant für sechs Monate nach seiner Wahl bei einer der in § 5b I Nr. 5 DRiG genannten Wahlstationen ausgebildet. Die zweite Staatsprüfung wird nach Maßg. (y) (ii) Abs. 4 S. 1 von dem Landesjustizprüfungsamt desjenigen alten Bundeslandes abgenommen, bei dem der Rechtspraktikant seine Ausbildung überwiegend abgeleistet hat. Maßgeblich hierfür ist das Recht dieses Landes. Bei der Aufgabenstellung für diese Zweite juristische Staatsprüfung als Abschluß des Vorbereitungsdienstes nach Maßg. (y) (ii) sind nach Abs. 4 S. 2 dieser Maßgabe die Besonderheiten des Ausbildungsgangs solcher Juristen angemessen zu berücksichtigen.

Während der Ausbildung stehen die Rechtspraktikanten in einem Ausbildungsverhältnis zu ihrem Herkunftsland, also zu dem neuen Bundesland, aus dem sie stammen. Es wird sich hierbei in der Regel um ein Arbeitsverhältnis handeln<sup>44</sup>. Die Bezüge werden deutlich unter denen eines Vorbereitungsdienstes nach § 5b DRiG in den alten Ländern liegen. Dies sollte allerdings Hochschulabsolventen aus den

39) I. d. F. des Ges. v. 28. 5. 1990, BGBl I, 967.

40) Dazu: Verf., RiA 1990, 261 (263 f.).

41) GBl DDR I, 1267; sie gilt nach Anl. II Kap. III Sachgeb. A Abschn. I Nr. 7 EinigungsV fort.

42) Vom 5. 9. 1990, GBl DDR I, 1436.

43) Erläuterung der Bundesregierung, BT-Dr 11/7817 = BR-Dr 605/90 S. 24; zu Maßg. (y) (ii).

44) Vgl. §§ 10ff. RichterassistentenO.

# 대한민국 외무부

정 이 2026- 9041

720-4503

1991. 2. 26.

수신 법무부장관

참조 법무심의관

제목 통독관련 연구자료 송부

344P  
344P/2091

주독 대사관에서 송부해온 하기 등.서독 통일진행 과정과  
관련한 자료를 별첨 송부하니 업무에 참고바랍니다.

- 아 래 -

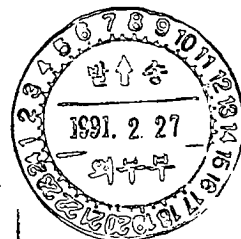
자 료 명

분류번호

- |                          |        |
|--------------------------|--------|
| 1) 신설5개주에 있어서 법관법의 도입    | 100-74 |
| 2) 이전 동독지역에서 복권을 위한 형사처벌 | 100-75 |

판결 취소

첨 부 : 상기자료 각 1부. 끝.



선 결	법무심의관	112	검 사	14-7
입수일시	1991. 2. 28			
처리과	법무심의관실	(인)	사무관	(인)

외 무 부 장

정보문화국장 전결

